



FLÜCHTLINGE

35-jährige Syrerin berichtet über ihre Flucht und ihre Erlebnisse in Dortmund

Seite 2



EHRENAMT

Linke Ratsfrau kümmert sich um die Eingliederung der Flüchtlinge in unserer Stadt

Seite 3



WOHNEN

Es gibt immer noch nicht genügend Sozialwohnungen in allen Stadtteilen

Seite 5



JUSTIZ

Abgeordnete des Bundestages beklagt mangelnde Aufarbeitung der NSU-Morde

Seite 8

01/16 KNALLROT

DIE LINKE. Dortmund – Sommer 2016



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die neue Ausgabe unserer Zeitung „Knallrot“ in den Händen. Wieder widmen wir uns den Themen, die ganz oben auf der politischen Agenda stehen sollten. Mit einer Armutsquote von 23,5 %, einer Kinder-Hartz-IV-Quote von über 30 % und einer allgemeinen Hartz-IV-Quote von 18,2 % gehört Dortmund nicht nur im Ruhrgebiet zu den Schlusslichtern, sondern steht auch bundesweit am unteren Ende einer traurigen Liste.

Unsere Forderungen sind klar. Schluss mit dem Wahnsinn, dass die großen Vermögen sich in den Händen einiger weniger anhäufen! Schluss damit, dass Menschen, die sich in unterschiedlichen Notsituationen befinden, gegeneinander ausgespielt werden!

„The system failed us!“ („Das System hat uns enttäuscht!“) ist der Titel eines Songs einer US-amerikanischen Band. Und ja, wir bekommen es immer deutlicher zu spüren. Dieses System hat versagt, und wenn wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft über Grenzen hinweg aufhalten wollen, brauchen wir eine schnelle und kompromisslose Abkehr weg von der Macht der Banken und Konzerne, weg vom Kapital und seinen Vertreter*Innen. Machen Sie mit, ändern Sie mit uns und vielen anderen diese Gesellschaft, dieses Land und diese Stadt. Nehmen Sie Kontakt zu uns auf! Wir freuen uns auf Sie!

Solidarische Grüße von *Christiane Tenbenschel* (Kreisvorsitzende) und *Christian Seyda* (Kreisvorsitzender)

Die 62 reichsten Menschen der Welt besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Der Besitz einer kleinen Gruppe Superreicher, die zusammen in einen Linienbus passen würden, ist genauso groß wie der von 3,6 Milliarden Menschen.

Die größte Armut weltweit herrscht in Afrika. Jährlich verhungern weltweit neun Millionen Menschen, davon fünf Millionen Kinder (UN Human Development Report 2013). Durch Industrialisationen (besonders auch aus der EU) werden u.a. die Fischbestände vor Afrikas Küsten leer gefischt und Hähnchenabfälle aus der EU überschwemmen die dortigen Märkte. In Gabun befinden sich mehr als 85 Prozent des Ackerlands in Besitz ausländischer Unternehmen. Wichtige Existenzgrundlagen werden dadurch zerstört.

Im Sudan, in Eritrea und Somalia sollen sich die Menschen nun über eine geplante Hilfe aus der EU freuen. Ein Grenzschutzprojekt als Teil eines Europäischen Fonds soll zur Bekämpfung von Flucht beitragen. Damit potenzielle Flüchtlinge den Diktatoren in diesen Ländern bloß nicht mehr entkommen können, sollen deutsche Sicherheitskräfte und Überwachungstechnik zum Einsatz kommen.

In Deutschland gehört den reichsten zehn Prozent der Haushalte mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens. Das reichste Prozent – jene, die mehr

als 100.000 Euro „verdienen“ – hat fast ein Drittel des Gesamtvermögens. Das entspricht etwa 13 Prozent aller Einkommen.

Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland eine seit Jahren steigende Armut.

Jedes fünfte Kind lebt in einer armen Familie

In Regionen wie dem Ruhrgebiet gibt es Stadtteile, in denen bis zu 30 Prozent aller Kinder in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen. In den nächsten Jahren wird die Altersarmut dauerhaft zunehmen. Wer arm ist, hat eine durchschnittlich acht (Männer) bis zehn (Frauen) Jahre geringere Lebenserwartung (Robert-Koch-Institut, 2014).

Eine besondere Grenzleistung ist die Mütterrente, die von der großen Koalition 2014 beschlossen wurde. Während gut verdienende Ärztinnen, Anwältinnen oder Unternehmerinnen diese „Lebensleistungen dieser Mütter“ erhalten, bekommen Mütter, die von der Grundsicherung im Alter leben müssen, nichts – auch wenn sie in die Rentenkasse eingezahlt haben.

Diese Entwicklungen – Ergebnisse der Agenda 2010-Politik mit dem Herzstück Hartz IV – sind von den sogenannten politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes organisiert worden. Altkanzler Gerhard Schröder feierte sich 2005 in Davos für die Errichtung des größten Niedriglohnssektors innerhalb der EU. Dank Hartz IV, Ein-Euro-Jobs, Ausbreitung der Leiharbeit und Werkverträgen galt wieder: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ (Wahlkampfslogan 2002 der CSU). Schon in der Weimarer Zeit hatte Hitlers Wegbereiter Alfred Hugenberg mit diesem Motto die Bevölkerung darauf eingestimmt, Sozialkassenschlag zu akzeptieren.

Wer erinnert sich noch daran: „Wer betrügt, der fliegt“ (CSU). Ob damit auch die Steuerhinterzieher, Briefkastenbesitzer in Panama oder die VW-Manager gemeint sind?

Vielleicht werden wir bald wieder von einer neoliberalen Wundertüte (von Bertelsmann: Du bist Deutschland, 2005) berieselt, damit die Stimmung steigt und die Grenzen verschwimmen.

(he)

KNALLROT

Herausgegeben von DIE LINKE. Dortmund und Fraktion DIE LINKE & PIRATEN im Dortmunder Rat

Web: www.knallrot-online.de
Email: info@knallrot-online.de

Leserbriefe: leserbriefe@knallrot-online.de
Anzeigen: anzeigen@knallrot-online.de

Inhalt

KNALLROT Sommer 2016

Seite 1:

Die Schere klafft weiter auseinander

Seite 2:Die Geschichte einer Geflüchteten
Armut macht krank**Seite 3:**(DIE LINKE im Rat)
Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit
Sorgen wegen Plänen der Sparkasse**Seite 4:**(DIE LINKE im Rat)
Zweierlei Maß bei der Bezahlung im Städtischen Klinikum
Kommunale Arbeitsmarkt-Strategie bislang ein Flop**Seite 5:**(DIE LINKE im Rat)
Zu wenig bezahlbarer Wohnraum
Erfolg bei Kosten der Unterkunft**Seite 6:**(DIE LINKE im Rat)
Erfahrungen im Jobcenter
Weiterhin dickes Haushaltsloch**Seite 7:**Bündnis Umfairteilen stellt sich vor
Armut durch Behinderung**Seite 8:**Bundeswehr raus aus den Schulen
Keine Konsequenzen nach den NSU-MordenAlle nicht gekennzeichneten Bilder: **KNALLROT****Impressum**

KNALLROT

Kreisverband **DIE LINKE:**
Seiten 1, 2, 7 und 8,
herausgegeben von
DIE LINKE. Dortmund,
Schwanenstraße 30,
44135 Dortmund
V.i.S.d.P. Christian SeydaFraktion **DIE LINKE & PIRATEN**
im Dortmunder Rat:
Seiten 3, 4, 5 und 6,
herausgegeben von der
Fraktion **DIE LINKE & PIRATEN**
im Dortmunder Rat,
Friedensplatz 1,
44135 Dortmund,
V.i.S.d.P. Torsten Behrendt**Auflage:** 10.000 Exemplare

Wo ein Wille, da ein Weg – Die Geschichte von Viyan, die aus Syrien flüchten musste

Wenn man täglich nur über das große Ganze spricht, verliert man das Bewusstsein für das Wesentliche. Aber in den Vordergrund der Flüchtlingsdebatte gehören die Schicksale und Geschichten der Menschen, die zur Flucht gezwungen wurden, nicht die empörenden Diskussionen über Obergrenzen oder Integrationsfolgekosten. – Geschichten wie die von Viyan.



Viyan's Heimat ist die kleine Stadt Al-Darbasiyah im Norden Syriens, fußläufig zur türkischen Grenze gelegen. Krieg, Repression und eine ungesicherte Zukunft haben dazu geführt, dass die 35-jährige Englischlehrerin die beschwerliche, teure und sehr gefährliche Reise nach Deutschland mit ihren beiden Kindern und ihrem Bruder angetreten ist. Mit dem Wunsch und dem Willen nach einem Leben in Sicherheit und Ordnung. Viyan ist Kurdin, wie die meisten Bewohner im Norden Syriens. Bereits vor Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im Frühjahr 2011 gestaltete sich das Leben für die kurdische Minderheit keinesfalls einfach. Die Kurden leiden auch heute noch unter massiven Repressionsmaßnahmen. Als der Krieg ausbricht, entschließen sich viele Menschen zur Flucht. Mittels teuer bezahlter Ausweise überwinden Viyan und ihre Familie die bereits geschlossene Grenze zur Türkei. Doch Unterstützung gibt es dort nicht. Nach anderthalb Monaten beschließt die Familie, nach Europa zu fliehen.

Armut macht krank und verkürzt das Leben

In Dortmund gibt es fast 30.000 Bezieher*innen von ALG II, so genannte Hartz IV-Empfänger*innen. Viele davon leben in der Nordstadt. Nur 33% der Nordstädter*Innen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Die Menschen in der Nordstadt sind häufig arm. Finanzielle Engpässe, schlechte Arbeitsbedingungen und Überschuldung haben eine direkte Auswirkung auf die Gesundheit. So bekommen Menschen mit einem niedrigen Einkommen häufiger Krankheiten wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Bluthochdruck, Bronchitis und Depressionen. Durch die starke Ausbreitung von Gesundheitsrisiken bei einkommensschwachen Menschen

Für die Schlepper ist das ein eiskaltes Geschäft. Die Preise für die Überfahrt in maroden Holzbooten sind exorbitant. Mit einem völlig überfüllten Boot, in dem hüfthoch das Wasser steht, geht es zur griechischen Insel Kastellorizo. Über Athen flüchtet Viyan's Familie weiter nach Mazedonien, Serbien und Bosnien. Überall sind die Flüchtlingscamps katastrophal ausgestattet, es mangelt an Nahrung, Wasser und Decken. Viyan berichtet, dass es ohne die Hilfsorganisationen zu humanitären Katastrophen gekommen wäre.

„Auf der Straße werde ich feindselig oder verängstigt angestarrt.“

Über Österreich erreicht die Familie am 2. Januar 2016 Deutschland, beantragt Asyl und findet sich Anfang März in einer Dortmunder Übergangseinrichtung wieder. Die propagierte Hilfe bei Wohnungssuche, Behördengängen und Arztbesuchen gibt es nicht. Immerhin ihre Kinder haben Glück. Sie dürfen eine Schule

besuchen. 30 weitere Kinder aus der Unterkunft haben keinen Platz in einer Schule erhalten. Wie ihre Mitbewohner wollen auch Viyan und ihr Bruder, der einen Abschluss in Ökonomie hat, arbeiten und in eine eigene Wohnung ziehen, scheitern aber an vielen Barrieren. Die Entscheidung über das Asylverfahren dauert im Schnitt 12,1 Monate, während dieser Zeit gibt es nur befristete Aufenthaltstitel. Kaum ein Vermieter lässt sich darauf ein. Vor Abschluss des Asylverfahrens erhält man weder Deutschunterricht noch eine Arbeitserlaubnis. „Manchmal fühlt es sich so an, als sei dies keine Unterkunft, sondern ein Gefängnis“, ist Viyan frustriert. Am meisten zu schaffen macht Viyan die feindliche Stimmung gegenüber den Geflüchteten. „Es ist sehr verletzend, wenn du keine eigene Wohnung hast, nicht arbeiten darfst, wenn Menschen dir gegenüber Hass- oder angsterfüllt auftreten und dich aufgrund deiner Herkunft niemand willkommen heißt.“ Ich frage: „Wärest du nach Deutschland gekommen, wenn du von den Bedingungen hier gewusst hättest?“ – „Nein...“ Auf eigenes Drängen erhält Viyan jetzt Deutschunterricht, sie und ihre Familie werden ihren Weg in Deutschland gehen, da bin ich sicher. Nun ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Antwort auf meine Frage in einiger Zeit anders ausfällt. (mt)

Das vollständige Interview ist zu finden unter www.dielinke-dortmund.de.

kommt es auch zu einer vorzeitigen Sterblichkeit. In Stadtteilen wie der Nordstadt werden sowohl die Armut als auch die dazugehörigen Gesundheitsrisiken im wahrsten Sinne des Wortes vererbt. Leistungen wie Brille, Zahnersatz, orthopädische Schuhe oder auch Kleidung müssen vom Hartz IV-Regelsatz bestritten werden. Nicht verschreibungspflichtige Medikamente können häufig nicht gekauft werden, da sie nicht finanziert werden können. Die Sprecherin der Partei die LINKE in Dortmund, Christiane Tenbenschel, fordert Gerechtigkeit in der gesundheitlichen Versorgung.

- Auch Hartz IV-Empfänger*innen benötigen Brillen und Zahnersatz.
- Keine Bevorzugung von Privatpatienten bei der Terminvergabe.
- Ausreichend Personal, um die Versorgung der Kranken zu sichern. (ct)

Flüchtlinge: Train of Hope

Wenn es um das Thema Flüchtlinge geht, kommt in Dortmund kaum einer an der linken Ratsfrau Fatma Karacakurtoglu vorbei.



Foto: Klaus Hartmann

Fatma Karacakurtoglu bei einer Menschenkette für Flüchtlinge

Die Diplom-Sozialwissenschaftlerin ist Vorsitzende des Vereins „Train of Hope“, der im Oktober 2015 gegründet wurde – zu einer Zeit, als die flüchtenden Menschen noch zu Tausenden in Dortmund eintrafen. KNALLROT sprach mit der linken Politikerin:

Wie ist es zu dem Engagement in der Flüchtlingsarbeit gekommen?

Ich gehörte zu den freiwilligen Helfern, die im Dietrich-Keuning-Haus die ersten Flüchtlinge begrüßt haben. Das war für mich selbstverständlich. Ich bin schließlich Humanistin. Wir haben Brote geschmiert, teilweise tagelang kaum geschlafen. Es gab Tausende Helfer. Und es war alles ziemlich chaotisch.

Deshalb habe ich angefangen, spontan Aufgaben zu verteilen, bin kurz zur Arbeit, habe meine Termine verschoben, bin wiedergekommen und habe weiter organisiert. Ein Mitarbeiter der Stadt hat meinen Einsatz beobachtet und mich gefragt, ob ich mich regelmäßig um das Essen kümmern kann. Das habe ich getan. Wir haben über Facebook aufgerufen, was benötigt wird. Brot, Getränke, Babynahrung. Die Rückmeldungen der Dortmunder*innen waren einfach großartig. Auch Pizzerien, türkische oder arabische Lebensmittelläden haben gespendet. Und wir durften das Essen selbst zubereiten, da eine der Helferinnen die notwendige Hygiene-Belehrung nachweisen konnte.

Sorgen wegen Filial-Schließungen der Sparkasse – „Kundennähe und Arbeitsplätze gehen verloren“

16 Dortmunder Sparkassen-Filialen werden geschlossen und in reine Automatenstandorte umgewandelt. Darüber regen sich nicht nur die Sparkassenkunden auf. Auch die Politiker in den Bezirken und in den Ausschüssen des Rates diskutieren sich die Köpfe heiß.

„Bei uns im Stadtbezirk sind Sölde und Schüren betroffen“, sagt zum Beispiel Andreas Heidrich, Bezirksvertreter für DIE LINKE in der Bezirksvertretung Aplerbeck. „Es wird vor Ort keine Beratung mehr durch Fachpersonal geben. Nur noch Geldautomaten. Das ist eine Unzumutbarkeit für die alten Menschen.“ Seine Kollegen in den anderen betroffenen Stadtbezirken argumentieren ähnlich, etwa Ahmet Sahin in Lütgendortmund oder Cornelia Wimmer in der Nordstadt.

„Wir machen uns Sorgen, weil viele ältere Menschen nicht ohne Hilfe ihre Rente aus dem Geldautomaten ziehen können und deshalb zwingend auf die Hilfe der Sparkassen-

Mitarbeiter*innen angewiesen sind“, sagt Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN im Rat. Doch die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN ahnt, dass es wohl kein Zurück mehr gibt. „Natürlich wissen wir, dass immer mehr Menschen, gerade die jüngeren, ihre Bankgeschäfte zu Hause am Computer erledigen. Deshalb können wir es nachvollziehen, wenn die Sparkasse Filialen mit sehr geringem Kundenverkehr auf den Prüfstand stellen muss. Sie muss bezüglich ihres Eigenkapitals schließlich auch EU-Auflagen erfüllen“, sagt Utz Kowalewski. Es sei halt leider ein schmaler Grat zwischen wirklicher wirtschaftlicher Notwendigkeit und

Wie viele Geflüchtete haben Sie in dieser Zeit betreut?

Ich schätze, dass es bis zum jetzigen Zeitpunkt etwa 9000 Menschen sind. In den vergangenen zehn Monaten habe ich alles gesehen. Menschen, die ohne Schuhe ankamen, Menschen mit Wunden oder einer Kugel im Bein. Menschen, die gefoltert wurden. Babys, die aufgrund ihres schlechten Zustandes umgehend in ein Krankenhaus gebracht werden mussten.

Wie kam es zur Vereinsgründung?

Es gab eine Helferparty, bei der die Idee zu einer Vereinsgründung entstand. Beim ersten Treffen am 6. Oktober haben sofort 58 Personen ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet. Danach begann der offizielle Teil: Satzung, Finanzamt, Gemeinnützigkeit, Notar usw. Wir haben mittlerweile 17 Arbeitskreise – von Kleidung bis zu Rat und Tat. Denn wir helfen bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen, bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen. Und wir versuchen mit vielfältigen Angeboten, die Geflüchteten in die Stadtgesellschaft zu integrieren.

Ihr Ziel?

Ich bin keine Politikerin, die Reden schwingt. Ich will helfen. Als es die erste Zuwanderungswelle gab, in den 1960-ern, wurde es versäumt, diese Menschen rechtzeitig zu integrieren. Das darf sich nicht wiederholen.

Mehr Infos:

<http://www.trainofhope-do.de/>

Sozialticket ist schon wieder teurer geworden

Das Sozialticket – die verbilligte Fahrkarte für wirtschaftlich benachteiligte Menschen – ist schon wieder um 2,80 Euro teurer geworden. Der Preis ist im April 2016 auf insgesamt 34,75 Euro im Monat angestiegen. „Eine Frechheit“, kommentiert Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN. Bemerkenswert: Bei der Abstimmung beim zuständigen VRR-Zweckverband, gab es nur eine einzige Stimme gegen diese Erhöhung – und das war der Vertreter der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN. Damit trifft es wieder mal die ärmste Bevölkerungsgruppe. Die Zeiten vor 2010, als wirtschaftlich benachteiligte Dortmunderinnen und Dortmunder nur 15 Euro



Das Sozialticket für die Benutzung von Bus und Stadtbahn ist wieder teurer geworden.

monatlich für ihr Sozialticket zahlen mussten, sind endgültig vorbei. Damals waren für das Sozialticket die DSW21 zuständig – und die Zahl der Abnehmer war mit 28.000 mehr als doppelt so hoch wie heute. Für die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN ist die gesunkene Nachfrage nachvollziehbar: „Ein Sozialticket für weit über 30 Euro können sich schlichtweg nicht alle Hartz IV-Bezieher*innen oder Flüchtlinge leisten“, kritisiert Utz Kowalewski. „Gerade diese Personengruppen müssen doch mit jedem Euro rechnen.“ Utz Kowalewski: „Damit wird gerade den schwächsten Personengruppen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben noch mehr erschwert. Denn die Mobilitätskosten, die zum Beispiel im Hartz IV-Regelsatz enthalten sind, liegen derzeit gerade mal bei 25,14 Euro im Monat.“

Linke & Piraten froh über „Schlusstrich“ bei Bürgerdiensten

Kaum ein anderes Dortmunder Thema hat in den vergangenen Wochen und Monaten für derartig negative Schlagzeilen gesorgt wie die Bürgerdienste der Stadt. Diverse Schlapereien beim Umgang mit Ausweispapieren und unverhältnismäßig lange Wartezeiten waren nur einige davon. Mit in der vordersten Front der Kritiker stand immer der linke Ratsvertreter Carsten Klink. Und dies nicht nur, weil er der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses ist, der den vielfältigen Schlapereien auf den Grund gehen musste und dessen Mitglieder sich nicht nur einmal die Haare raufen.

Carsten Klink hatte in den vergangenen Monaten immer und immer wieder im Zusammenhang mit den Bürgerdiensten personelle Konsequenzen gefordert. Und siehe da: Seit Mitte Juni haben die Bürgerdienste der Stadt Dortmund einen neuen Chef. Dem umstrittenen Vorgänger wurde in seinem letzten Jahr bis zu seinem Ruhestand noch mildtätig eine Ersatzaufgabe im Rathaus zugewiesen. Die zuständige Dezernentin jedoch kam mit einem blauen Auge und einem etwas rampollierten Image davon.

„Zu kritisieren ist jetzt nur noch der späte Zeitpunkt der Entscheidung“, kommentierte Carsten Klink im Juni. „Angesichts der zahlreichen alten und aktuellen Skandale bei den Bürgerdiensten ist es schade, dass sich der Oberbürgermeister erst jetzt zu diesem Schritt durchringen konnte. Die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN hatte diesen Schritt schon seit Monaten gefordert und entsprechende Anträge gestellt.“

Service-DO am Klinikum Dortmund – oder wie die Stadt Dortmund zur Altersarmut beiträgt

Mittlerweile sind sie richtig sauer, die rund 400 Beschäftigten des Servicebetriebes des Klinikums Dortmund. Sie wollen endlich eine ordentliche Bezahlung für ihre Arbeit und einen Tarifvertrag.

Sie sind zuständig für die Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Speisen, für die Reinigung, für die Hygiene im OP, und für die Sterilisation der medizinischen Instrumente. Nachdem die Mitarbeiter*innen der Service-DO GmbH im vergangenen Jahr ihren Unmut vor dem Rathaus laut und deutlich kundgetan haben, versprach ihnen OB Sierau, dass auch sie fast 10 Jahre nach Gründung der Service-GmbH einen Tarifvertrag erhalten sollen. Doch nach mittlerweile acht Verhandlungsrunden zwischen dem Arbeitgeber sowie der Gewerkschaft ver.di und dem Kommunalen Beamtenbund (KOMBA) gab es Ende Juni immer noch keine Annäherung.

Wie konnte es zu so einer Situation kommen? 2004 wurde die Service-DO GmbH gegründet und mit viel zu wenig Eigenkapital ausgestattet. Um Geld für notwendige Investitionen zu erhalten, die eigentlich das Land aufbringen muss, ließ man sich ein Kostensenkungsprogramm einfallen – Tarifrucht. Die Arbeitsbereiche, in denen vor allem Frauen am unteren Ende der Lohnskala arbeiten, sollten komplett aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) rausfallen. Das Ergebnis: Die Mehrheit der Beschäftigten in der Service-DO GmbH hat nicht nur weniger Einkommen als ihre Kolleg*innen aus dem Klinikum, sondern arbeitet dafür bei Vollzeit statt 38,5 Stunden 40 in der Woche. Beschäftigte des Klinikums erhalten Weihnachtsgeld und eine betriebliche Altersversorgung.

Die „Kommunale Arbeitsmarkt-Strategie 2015“ war ein Flop – von der neuen verlangen wir mehr!

Es ist ein Skandal, dass ein ehemals führendes Industriezentrum wie Dortmund in einem reichen Land zum Armenhaus wurde. Diesen Skandal verdanken wir nicht nur den heiligen „Marktkräften“, sondern auch einer Wirtschaftspolitik, von der fast ausschließlich die oberen Zehntausend profitieren, während zigtausend An- und Ungelernte im Jobcenter Schlange stehen müssen.

Als die Stadtspitze Ende 2012 die „Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2015“ auflegte, sahen wir darin keine Wunderwaffe gegen die Armut. Jetzt liegt die Abschlussbilanz vor. Sie zeigt: Die KAS 2015 brachte zwar einige nützliche Projekte wie die Stadtteilmütter, die Quartierskümmerer und den Ausbau der Schulsozialarbeit, aber insgesamt blieb ihre Wirkung fast lächerlich gering. Das prahlerische Ziel, die Arbeitslosenquote in Dortmund unter 10 % zu senken, wurde weit verfehlt. Das hätte einen Abbau der AL-Zahl um 7.500 erfordert – tatsächlich jedoch lag sie Ende 2015 sogar noch um 400 höher als beim



Foto: Rainer Sturm / pixelio

Die Beschäftigten von Service-DO kämpfen um eine faire Entlohnung.

Das gibt es bei der Service-DO nicht. In der Summe hat das Klinikum dadurch nach Angaben der Gewerkschaft ca. 30 Mio. Euro gespart. Dass die Beschäftigten, die oft nur Teilzeit arbeiten, jetzt zu etwa gleichen Konditionen arbeiten möchten wie ihre Kolleg*innen im Klinikum, stellt der Klinikchef als Bedrohung dar, obwohl die Gewerkschaften ein sich über acht Jahre hinziehendes Anpassungsprogramm vorgeschlagen haben.

Zwar hat auch die Arbeitgeberseite ein für drei Jahre gültiges Angebot zum Weihnachtsgeld und zur Lohnsteigerung

vorgelegt, um in dieser Zeit auf ein Tarifniveau von 86 % zu kommen. Doch eine Altersversorgung fehlt. Und die Arbeitszeit soll bei 40 Stunden/Woche bleiben. Zudem soll für die Laufzeit des Tarifvertrages ein generelles Streikverbot vereinbart werden.

Die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN setzt sich für eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Service-DO GmbH ein, die möglichst nah am TVöD liegt. Die Vorschläge der Gewerkschaften sind realistisch. Für den Fall eines Streiks wird die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN an der Seite der Streikenden stehen. (bt)

Projektstart. Und nicht mehr als 400 Arbeitslose kamen in diesen kommunalen Projekten unter, von über 10.000 neuen Jobs in Dortmund gingen also gerade mal vier Prozent auf das Konto von Sieraus Strategie. Statt großspurig von einer „Strategie“ müssen wir also eher von „Symbolpolitik“ sprechen. Doch immerhin werden Reizbegriffe wie „öffentliche Beschäftigungsförderung“, „sozialer Arbeitsmarkt“, „einfache Arbeit“, die unsere Partei und Ratsfraktion seit langem propagieren, jetzt überhaupt wieder von Amts wegen in den Mund genommen. Das lässt uns hoffen,

dass die anti-soziale Markt-Ideologie ihre Alternativlosigkeit allmählich verliert. Jetzt folgt auf den Flop eine neue „Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020“. Sie hat vorerst rein propagandistischen Wert und enthält noch keinerlei konkrete Projekte. Die praktische Umsetzung steht also noch aus. Im Grundsatz stimmen wir ihr zu, werden aber bei der Konkretisierung darauf dringen, dass Langzeitarbeitslose mehr brauchen als sinnlose Warteschleifen: Was sie brauchen und was ihnen der Markt nicht mehr bieten kann, ist eine sozial sinnvolle und auskömmliche Arbeitsperspektive auf Dauer. (ws)

Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum ist das Thema Nummer 1 in Dortmund

Für mehr bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Dortmund wird sich die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN im Rat einsetzen. Aber auch alle Bezirksvertreter der Linken & Piraten werden sich in diesem Jahr ganz gezielt um diese Aufgabe kümmern.

Schon früh – bei ihrer Klausurtagung am Jahresanfang – legten sich die Mandatsträger auf dieses Schwerpunktthema fest.

„Die Sozialpolitik ist unser Markenkern“

„Die Sozialpolitik ist unser Markenkern“, betont Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN. Die vielen sozial benachteiligten Menschen in Dortmund müssten wieder mehr in den Fokus der Stadtpolitik gerückt werden: Hartz IV-Empfänger, Arbeitslose, Berufstätige mit viel zu schlecht bezahlten Jobs, Flüchtlinge.

Für all diese Personengruppen werde der Wohnraum in Dortmund immer knapper, gerade in Innenstadtnähe gebe es kaum noch günstige Wohnungen, sagt Utz Kowalewski. Und selbst günstige Wohnungen würden oft über der zulässigen Miete liegen, die die zuständigen Ämter für bedürftige Mieter übernehmen würden. Erschwerend hinzu komme, dass bei immer mehr Wohnungen die Preisbindung ende und damit die Mieten nach oben schnellen würden. Besonders heftig kritisieren die Linken und Piraten die häufige Missachtung der 25-Prozent-Regelung, die in Dortmund für jedes neue Baugebiet den exakten

Anteil an sozial gefördertem Wohnraum verbindlich festlegt. In Hohenbuschei ist diese Vorgabe nicht berücksichtigt worden. Da könne man durchaus den Eindruck gewinnen, dass so mancher Stadtteil eher den Besserverdienenden vorbehalten werden solle. „Was wir aber benötigen, ist eine gesunde Durchmischung“, so Utz Kowalewski. Die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN will darauf drängen, für jeden Stadtbezirk eine Quote an Sozialwohnungen vorzuhalten.

Dortmund brauche neuen Wohnraum, darüber herrsche bei allen Verantwortlichen auch Konsens, sagt Kowalewski. Es müssten aber alle Bevölkerungsgruppen und auch alle Stadtteile berücksichtigt werden. Dabei gelte es vor allem, Verteilungskämpfe um Sozialwohnungen zu vermeiden. „Es dürfen nicht ärmere Deutsche gegen Flüchtlinge ausgespielt werden. Wir brauchen Wohnraum für alle. Wir werden deshalb jeden Bebauungsplan, Bezirk für Bezirk, durcharbeiten, um möglicherweise noch weitere Flächen für Wohnbebauung zu finden – egal, ob es sich um vereinzelte Baulücken oder um große industrielle Brachflächen handelt. Und bei vorhandenen Bebauungsplänen, die nicht umgesetzt werden, werden wir immer wieder nachhaken.“



Foto: Uwe Bittel

Dortmunds wohl bekannteste Sozialwohnungen: der Hannibal in der Nordstadt.

„Kosten der Unterkunft“ – Linke & Piraten sind froh über die überfällige Anpassung an die Realität

Birgit B. hat ziemliche Probleme. Sie erhält Hartz IV und muss sich nach dem Auszug ihrer erwachsenen Tochter eine kleinere Wohnung suchen.

Das Jobcenter hatte sie aufgefordert, die Wohnkosten zu senken. Doch die Suche ist nicht einfach. Denn das Jobcenter verweigert gleichzeitig die Kostenübernahme für die neue kleine Wohnung in Dortmund Osten. Die Wohnung, die Birgit B. gefunden hat, kostet 352,90 Euro Miete, inklusive Betriebskosten. Das ist dem Jobcenter zu teuer. Um 40 Cent! Denn der Hartz IV-Bezieherin stehen maximal 352,50 Euro zu. Nur diese Summe wird als „angemessen“ bewertet. Deshalb darf sie die Wohnung nicht anmieten. Der höhere Betrag wäre nur bei einer sozial geförderten Wohnung übernommen worden. Und das auch erst seit kurzem. „Es ist schlimm, dass immer wieder Menschen in eine solche Spirale kommen. Wenn wir der Frau nicht schnell helfen können, droht ihr möglicherwei-

se die Wohnungslosigkeit“, sagt Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN. Und er ergänzt: „Immerhin haben wir in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein Druck gemacht, dass die Mieten von Sozialwohnungen immer als angemessen gelten.“ DIE LINKE & PIRATEN hatten Anfang 2016 einen Antrag eingebracht, die „Kosten der Unterkunft“ anzupassen. Wohnungs- und Sozialamt folgten diesem Ansinnen genauso wie der Verwaltungsvorstand. Künftig gelten also auch die etwas höheren Mieten von neu gebauten oder sanierten Sozialwohnungen als angemessen, wenn sie sich im Rahmen des Mietpreisspiegels bewegen. „Die Obergrenze, die in Dortmund für sozial geförderte Wohnungen früher galt, stimmte mit der Realität nicht mehr überein“, erklärt Utz Kowalewski. Nach

einer Mieterhöhung – beispielsweise wegen des Einbaus neuer Fenster – war plötzlich die „Angemessenheitsgrenze“ überschritten. Auch Mieten für neu gebaute Sozialwohnungen überstiegen oft die erlaubte Obergrenze. Die Folge: Für solche „teuren“ Sozialwohnungen gab's kein Geld vom Jobcenter. Das ist nun Geschichte: Die Stadt Dortmund plant 2016 den Bau von mehreren hundert Wohnungen. Wenn alles wunschgemäß läuft, wird ein Viertel davon als „angemessener“ Sozialwohnraum zur Verfügung gestellt. Bleibt noch zu klären, wie es mit Birgit B. weitergeht. Die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN will sich nun einschalten, damit die Frau möglichst schnell eine sozial geförderte Wohnung bekommt, für die es auch eine Kostenübernahme durch das Jobcenter gibt.

Ausstellung des Dortmund-Passes – Service sieht anders aus

Es hätte so schön sein können. Und die Stadt Dortmund hätte sich mal serviceorientiert zeigen können. Doch eine automatische Ausstellung des Do-Passes wird es in Dortmund auch künftig nicht geben. Der Dortmund-Pass ermöglicht Bezieher*innen von Transferleistungen wie städtischen Einrichtungen wie Museen, Schwimmbädern oder der Bibliothek einen vergünstigten Eintritt.



Leider ist es recht umständlich, in den Genuss dieses Do-Passes zu kommen. Er muss separat beantragt und auch abgeholt werden. Doch vielen Anspruchsberechtigten ist der Dortmund-Pass gar nicht bekannt. Und berufstätige Aufstocker*innen verzichten oft auf eine Antragstellung, da die zuständigen Büros nur an zwei Vormittagen in der Woche geöffnet sind. Linke & Piraten hatten deshalb beantragt, den Do-Pass automatisch für alle Anspruchsberechtigten auszustellen. Ihr Ziel: Abbau der Bürokratie und bessere gesellschaftliche Teilhabe finanziell schwächerer Personen. Doch alle anderen Fraktionen verweigerten ihre Zustimmung. Auch die SPD. „Die SPD ist definitiv nicht mehr die Partei der kleinen Leute. Die SPD schwätzt stets von sozialer Gerechtigkeit und stimmt dann selbst gegen kleinste soziale Verbesserungen“, so das linke Ratsmitglied Carsten Klink.

Umzug des Gesundheitsamtes – gute Lösung für alle Beteiligten

Das Gesundheitsamt zieht um. Die Stadt Dortmund hat für die über 170 Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamtes im ehemaligen Postgiroamt am Hohen Wall 7.000 Quadratmeter angemietet. Zudem werden auch der Drogenkonsumraum (der so genannte Druckraum) und das Drogencafé Kick der Aids-Hilfe in das alte Postgiroamt einziehen. Und das sorgt nicht nur für Begeisterung.

Noch mehr Drogenabhängige in der Innenstadt, lauten die Befürchtungen, die in der Gerüchteküche aufgetaucht sind. „Unsinn“, kommentiert Utz Kowalewski, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE & PIRATEN. „Im Dortmunder Gesundheitsamt dürfen auch künftig nur Drogenkranke aus Dortmund betreut werden.“ Bisher suchen rund 660 Menschen jährlich die Methadonabgabestelle am Eisenmarkt (Nähe Thier-Galerie) auf

– und dies unter ärztlicher Aufsicht. Es sei nicht davon auszugehen, dass sich diese Zahlen durch den Umzug gravierend ändern würden, sagt Kowalewski.

Und er ergänzt: Es sei gut, dass den Drogenkranken geholfen werde. Sie seien krank und bekämen im Gesundheitsamt die notwendige Hilfe. Und nicht nur das. Durch die Betreuung im Gesundheitsamt würden diese Patienten auch dem Schwarzmarkt verloren gehen.

Dennoch: Gerne gesehen sind Junkies bei den Geschäftsleuten und Anwohnern nicht. Damit es keine Konflikte gibt, wird für die Suchtkranken zusätzlich ein 750 Quadratmeter großer Neubau hinter dem ehemaligen Postgiroamt errichtet, der vom Parkplatz über einen eigenen Eingang erreichbar ist. Dieser wird zudem von einer Mauer umgeben. Damit sind die Besucher*innen vor neugierigen Blicken abgeschirmt.

Alltag im Jobcenter oder: Der Wahnsinn hat Methode

2002 hat uns Kanzler Gerhard Schröder ein hässliches Geschenk gemacht: Hartz IV. Er sagte: „... Niemandem wird künftig gestattet sein, sich zu Lasten der Gemeinschaft zurückzulehnen.“ Und weiter: „Wer zumutbare Arbeit ablehnt, wird mit Sanktionen zu rechnen haben.“



Der Weg zum Jobcenter ist oft eine Einbahnstraße.

Noch ein Zitat gefällig? „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, so Ex-Arbeitsminister Franz Müntefering im Jahr 2006. Und heute? Jeder Vierte in Dortmund ist arm. Oder von Armut bedroht. Und eine zumutbare Arbeit, so wie Franz Müntefering es verlangt hat, gibt es nicht. Jeden Dienstag berät die linke Sozialökonomin Anne Eberle Betroffene. Und

Der Dortmunder Haushalt 2016

Im Dezember 2015 hat der Rat mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen den Haushalt der Stadt für das Jahr 2016 beschlossen und damit überraschend die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN zum neuen Oppositionsführer gemacht. Die Warnungen unserer Fraktion, dass zu viele Annahmen und Wunschträume in Haushaltszahlen gegossen worden wären, wurden allerdings von dieser XXL-Koalition in den Wind geschlagen.



Der Haushalt 2016: Das sind zwei Milliarden Euro auf mehreren Tausend Seiten.

Bereits kurz vor dem Jahreswechsel platzte dann auch die politische Bombe, dass das Land NRW weit weniger Geld an Dortmund überweisen würde, als es vom Kämmerer erhofft wurde. Im Februar mahnte unsere Fraktion dann erneut an, dass der Haushalt so nicht tragfähig ist und korrigiert werden müsste, um überhaupt genehmigungsfähig zu sein. In der Ratssitzung im März 2016 ist dieser Schritt dann auch vollzogen worden. Und erst Ende April 2016 wurde der Haushalt von der Bezirksregierung genehmigt. Dortmund hat also in diesem Jahr vier Monate verloren, in denen die Räder still standen und eine Weiterentwicklung der Stadt nicht möglich war. Lediglich bereits

sie sagt: „Wer nicht erlebt hat, was Menschen im Jobcenter widerfährt, wird das nicht glauben.“ Und weiter: „Erwerbslose werden in Raster eingeteilt, um ihre Verwertbarkeit festzustellen. Wer nicht der ‚Normalität‘ entspricht, wird mit so genannten Vermittlungshemmnissen belegt. Arbeitslosigkeit und Armut wird nicht als ökonomische Ursache gesehen, sondern als moralisches Fehlverhalten.“

„Armut gilt als moralisches Fehlverhalten“

Beispiel: Frau F.

Sie ist 50 Jahre, geschieden und war zuletzt in einer Spielhalle tätig. Stundenlohn: erst 6,20 Euro, dann 7,30 Euro. Um über die Runden zu kommen, arbeitete sie bis zu 200 Stunden im Monat. Sie wurde krank – und gekündigt. Danach bemühte sie sich um eine Ausbildung als Familienpflegerin, der Bildungsträger attestierte ihr auch die Eignung. Doch die Agentur für Arbeit verweigerte die Kostenübernahme. Frau F. konnte die Ausbildung von ihrem Arbeitslosengeld I (698 Euro) nicht selbst finanzieren.

Oder der Fall von Herrn N., mittellos: Er verkaufte eine Obdachlosenzeitung und lebte von 400 Euro im Monat. Der Job fiel weg, er musste dringend die Miete überweisen. Er beantragte Leistungen und bat um einen Leistungsvorschuss. Mit Hilfe eines Beistands erhielt er am vierten Tag einen Vorschuss. Doch weder die Restzahlung noch die Leistung für den Folgemonat waren pünktlich auf dem Konto.

Anne Eberle kennt noch viele weitere Fälle aus ihrer Beratung. Immer wieder sind auch Alleinstehende oder alleinerziehende Frauen dabei, die zur Senkung der Kosten der Unterkunft – sprich: zu einem Umzug – aufgefordert werden, obwohl die „alte“ Miete noch im Toleranzbereich liegt. Monatelanger unschöner Briefwechsel sei da an der Tagesordnung, sagt Anne Eberle. Dabei sei es doch die Aufgabe der Mitarbeiter, ihren Kunden Mut zu machen, schnell und unbürokratisch zu helfen und im Optimalfall eine neue Stelle zu besorgen. „Jede Sanktion ist überflüssig, es fehlen Arbeitsplätze.“

TIPP: Kostenlose Hartz IV-Beratung jeden Dienstag, 13-16 Uhr. Adresse: DIE LINKE Schwanenstraße 30, Dortmund. (ae)

laufende Verträge und die gesetzlichen Pflichtleistungen mussten eingehalten werden. Aber wichtige Investitionen – zum Beispiel in Turnhallen, Schulen oder in die maroden Straßen – sind wieder einmal liegen geblieben. Und das Konzept (Memorandumsprozess) von SPD und CDU sieht vor, innerhalb von vier Jahren weitere 60 Mio. Euro städtische Ausgaben zu kürzen.

Doch auch sonst hält der Haushalt 2016 keine erfreulichen Nachrichten bereit: Es klafft wieder einmal ein Haushaltsloch von rund 72 Mio. Euro, das nur durch den Verzehr des Eigenkapitals zu stoppen ist. Doch Kürzungen helfen Dortmund nicht aus der Vergeblichkeitsfalle heraus, die durch die Unterfinanzierung durch Landesregierung und Bundesregierung entstanden ist. Die Instandhaltung von Straßen und Gebäuden, der Bau von Radwegen, der Neubau von Sozialwohnungen, um der Wohnungsnot in Dortmund zu begegnen, sind systematisch unterfinanziert. Die sozialen Leistungen beschränken sich zunehmend auf die Pflichtleistungen, obwohl

(uk)

Bündnis Umfairteilen gegen zunehmende Armut

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, das bundesweite Bündnis Umfairteilen und seine Dortmunder Gruppe vorzustellen.

Das 2012 in Berlin gegründete Bündnis existiert seit dieser Zeit auch in Dortmund, es war 2013 speziell im Vorfeld der Bundestagswahlen gesellschaftspolitisch aktiv. Seine Dortmunder Bündnisgruppe hat sich 2014 wieder reaktiviert. Das Bündnis Umfairteilen kritisiert die extrem ungleiche und jedem Gerechtigkeitsempfinden Hohn sprechende Verteilung der Vermögen und die wachsende Armut. Denn weltweit gehört 62 Personen die Hälfte der Vermögen. In Deutschland besitzt ein Prozent der Bevölkerung ein Drittel der Vermögen, zehn Prozent besitzen über zwei Drittel.

Konkrete Forderungen von Umfairteilen sind die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe und eine sozial gerechtere Steuerpolitik, welche auch Banken, Konzerne und Superreiche wieder stärker als bisher zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranzieht. Somit würde den Bundesländern mehr Geld zur Unter-

stützung der Kommunen zur Verfügung stehen, das für dringend notwendige Investitionen in soziale Programme, in öffentliche Infrastruktur und in öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme sowie zur Entlastung der kommunalen Haushalte verwendet werden könnte. Gerade in Dortmund wäre dieses dringend vonnöten, denn die Stadt ist wie auch andere Ruhrgebietskommunen arm, liegt mit 26,4 Prozent sogar bundesweit an der Spitze der Armutsquote. Und sie hat mittlerweile 2,4 Milliarden Euro Schulden, was nach Auffassung des Bündnisses nicht durch eine unsoziale neoliberale Austeritätspolitik und Kaputtsparen der Stadtgesellschaft zu beheben ist. Sondern eben nur durch eine effektive Verbesserung der Einnahmesituation. Das Bündnis begrüßt es in diesem Zusammenhang, dass Dortmund sich der Kampagne „Vermögenssteuer jetzt“ angeschlossen hat.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass

Gegen Armut durch Behinderung – für ein gutes Bundesteilhabegesetz!

Wie sieht die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Dortmund aus? Wie viele Menschen mit Behinderungen sind hier arm? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Behinderung und Armut?

Bisher gab es keine Zahlen über den Zusammenhang von Behinderung und Armut in Dortmund. Der Stadtrat hatte deshalb auf Anregung des Behinderten-netzwerkes ein Projekt beschlossen, das die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung untersucht.

Mehr als ein Viertel der Dortmunder ist behindert oder beeinträchtigt

151.000 Menschen in Dortmund sind behindert oder beeinträchtigt. Davon – arbeiten 2621 Menschen für ein Taschengeld in Behinderten-Werkstätten, – sind mehr als 10.600 voll erwerbsgemindert auf Grundsicherung angewiesen, – bekommen 3736 erwerbsfähige Menschen Hartz IV.

Leider fehlen dem Projektbericht Vergleichszahlen zu Menschen ohne Behinderung. Und es fehlen Zahlen zur Erwerbslosigkeit oder Lohnhöhe, die eine Einschätzung der sozialen Lage erst möglich machen. In den geführten Interviews wurde aber deutlich: Menschen mit Behinderungen leben oft isoliert, die Bewältigung des Alltags ist mit Barrieren gepflastert, Geld für die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

fehlt: „Hört sich jetzt banal an, Lebensmittel muss man sich ein bisschen einschränken, auf jeden Fall oder halt Freizeitaktivitäten, er bezahlt sowieso nicht für Kinobesuche, sondern immer die Begleitung, Freizeitaktivitäten leiden darunter. Da überlegt man sich fünf Mal, bevor man da was unternimmt.“ (Projektbericht, eine Schwester des Befragten, S.62)

Menschen mit Behinderung sind arm, weil...

Menschen, die wegen ihrer Behinderung z.B. eine Assistenz benötigen, bekommen diese von der Eingliederungshilfe bezahlt. Aber ihr Einkommen und Vermögen wird angerechnet, da die Eingliederungshilfe ein Teil der Sozialhilfe ist. Wer eine Behinderung hat, einen Ehepartner, der behindert ist, oder auch ein behindertes Kind, wird oder bleibt deshalb arm.

Weitere Gründe für die Armut von Menschen mit Behinderung sind: Sie verdienen schlechter, arbeiten öfter befristet oder in Teilzeit, sind häufiger arbeitslos als Menschen ohne Behinderung. „Für den Personenkreis der schwerbehinderten Menschen besteht ein überdurchschnittlich hohes Arbeitslosigkeitsrisiko.“ (Jobcenter Dortmund 2016, Seite 30)



sich Umfairteilen für eine Bekämpfung der Armut anstelle der Bekämpfung der Armen einsetzt, den Ausbau statt den Abbau der gesellschaftlichen Chancengleichheit fordert sowie eine politische Strategie erwartet, welche von ganz oben etwas nimmt, um es denen unten zu geben – anstatt politischer Ansätze, welche Reiche immer reicher und Arme immer ärmer machen. Denn wir finden: Die Stadt gehört uns allen! (im)

Wir brauchen ein gutes Bundesteilhabegesetz

Die Bundesregierung hat Ende April einen Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz vorgelegt. Die Behindertenverbände hatten sich viel erhofft: Die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung, die Bezahlung der Assistenz, Arbeitsverträge und Tariflohn in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung, mehr Rechte für Schwerbehindertenvertretungen. Dies hätte auch für viele Dortmunder mit Behinderung einen ersten Schritt aus der behinderungsbedingten Armut bedeutet.

Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt: Es wird weiter ein Teil des Einkommens- und Vermögens angerechnet, weniger Menschen mit Behinderungen sollen Leistungen bekommen. Viele Menschen haben am 4. Mai in Berlin für dagegen protestiert, es gab Pfeifkonzerte vor der Parteizentrale von SPD und CDU, die Eingangshalle des Arbeitsministeriums wurde besetzt. DIE LINKE hat diese Aktionen und Proteste unterstützt. Wir werden uns weiter für ein echtes Bundesteilhabegesetz einsetzen, das den Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes und gutes Leben in Dortmund sichert. (rk)

„TTIP ist ein Angriff auf Demokratie und Sozialstaat“

TTIP. Das geheimnisvolle Abkommen zwischen der EU und den USA. Keiner kennt die Inhalte. Die Wähler*innen werden dumm gehalten. Und die Abgeordneten im Bundestag erhalten nur einen Alibi-Einblick, dürfen aber nicht darüber sprechen.

Bundestagesabgeordneter Hubertus Zebel (DIE LINKE) durfte einen Einblick in die streng geheimen TTIP-Dokumente nehmen. Seine Schilderung:

„Ich durfte mir im TTIP-Leseraum selbst einen Einblick über die TTIP-Dokumente verschaffen. Beim Empfang musste ich Jacke, Tasche und Handy abgeben. Strengstens wurde darauf geachtet, dass ich keine Speichermedien mit hineinnehme. Die Entnahme von Schriftstücken aus dem Leseraum, das Fotografieren/Scannen oder Kopieren und die unbefugte Offenlegung der Schriftstücke oder darin enthaltener Informationen ist streng untersagt.“

Ich hatte zwei Stunden Zeit, mir an einem Computer die 300 Seiten durchzulesen. Eine viel zu knapp bemessene Zeit, noch dazu, weil die Dokumente in einem relativ schwer verständlichen Juristenerguss geschrieben sind.“

Die Bilanz von Hubertus Zebel:

- TTIP ist ein Angriff auf Demokratie und Sozialstaat.
- TTIP setzt erkämpfte Umwelt- und Verbraucherstandards unter Druck.
- Die Rechte der Beschäftigten geraten unter die Räder.
- Der Protest muss weitergehen.
- Die TTIP-Verhandlungen müssen unverzüglich abgebrochen werden!

Den vollständigen Bericht von Hubertus Zebel gibt es auf der Seite www.dielinke-dortmund.de.

Dortmunder Verhältnisse

Schon im Vorfeld der Nazi-Demo am 4. Juni dieses Jahres setzte die Polizei bewusst auf Desinformation: Die Route sollte wegen angekündigter Proteste geheim gehalten werden. Am 4. Juni selbst wurden die Stadtteile Huckarde und Dorstfeld faktisch von der Außenwelt abgeschnitten, der ÖPNV kam im gesamten Nordwesten zum Erliegen.

Die Polizei setzte von Beginn an auf Eskalation und Provokation, um Gegenproteste radikal zu unterbinden. Selbst zu angemeldeten Kundgebungen wurden Protestierende nicht durchgelassen, was klar gegen geltendes Recht verstößt.

Vormittags sammelten sich fast 1000 Menschen mit dem Bündnis BlockADO am U-Bahnhof Hafen, um nach Huckarde zur Aufmarschstrecke der Nazis zu fahren. Die Polizei setzte sofort und ohne Vorwarnung Pfefferspray ein, um den Gegenprotest brutal zu verhindern. Doch die Demonstrierenden setzten sich dann zu Fuß in Richtung der Rheinischen Straße (dort gab es eine weitere Demo von DGB und christlichen Gruppen) in Bewegung. Auch dort wurden sie nicht hingelassen und wieder brutal mit Pfefferspray am Weitergehen gehindert.

Die mitgeführten Kunstobjekte „Spiegelwürfel“ versuchte die Polizei mit gezückten Messern zu zerstören. Dass es dabei nicht zu weiteren Verletzungen kam, ist nur Zufall. Am Abend setzte eine kraftvolle Abschlussdemonstration vom Nordmarkt zum Dortmunder Hauptbahnhof noch ein starkes Zeichen: Am Mahnmahl für das NSU-Opfer Mehmet Kubaşık wurde eine Gedenkminute gehalten.

(ibl)

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Die Armee hat in der Schule nichts zu suchen. Doch seit der Abschaffung der Wehrpflicht wirbt die Bundeswehr immer stärker um potenzielle SoldatInnen.

Gastbeitrag der Linksjugend [solid]
In Dortmund und einigen anderen Städten sind riesige Bundeswehr-Plakate allgegenwärtig. Neben Hunderten von Werbeständen auf Job- und Jugendmessen werden auch regelmäßig „Jugendoffiziere“ in Schulen geschickt, um die SchülerInnen für eine Karriere beim Militär zu begeistern. Ihnen werden eine Ausbildung oder ein Studienplatz und eine gesicherte Zukunft als BerufssoldatInnen versprochen. Die Bundeswehr nutzt so den Mangel an Ausbildungsplätzen und Berufschancen in vielen Gegenden aus. Dass der Militärdienst eben kein Job wie jeder andere ist, dass bei militärischen Auslandseinsätzen physische und psychische Schäden durch anderen Menschen zugefügtes oder selbst erlebtes Leid drohen, wird bei der Bundeswehr-Werbung heruntergespielt. Das ist inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass Millionen Euro zum „Werben fürs Sterben“ ausgegeben werden, während überall Geld für Bildung fehlt. Die Armee



Foto: Gabi Eder / pixelio

hat in der Schule nichts zu suchen. Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere, sondern dafür verantwortlich, dass die Interessen deutscher Unternehmen weltweit mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden – Unternehmen, die es aufgrund der aktuellen Marktlage als wettbewerbsschädigend ansehen, junge Leute auszubilden. Diesem Wirtschaftssystem liegt es zugrunde, alles – eben auch Menschenleben – dem Wettbewerb und dem Profit unterzuordnen. Wenn überall auf der Welt Kriege geführt werden, werden wir auch hierzulande mit Aufrüstung und einer verstärkten Prä-

senz der Bundeswehr in der Gesellschaft konfrontiert.

Unsere Dortmunder Bundestagsabgeordnete stellt regelmäßig parlamentarische Anfragen zur Bundeswehr-Werbung und veröffentlicht die Ergebnisse auf ihrer Seite „ulla-jelpke.de“. Dort gibt es umfangreiche Listen mit Werbeaufträgen der Bundeswehr in Schulen, Jobcentern, auf Messen und bei anderen öffentlichen Veranstaltungen. Einige davon werden von AntimilitaristInnen kritisch begleitet, um der Bundeswehr-Propaganda Argumente entgegenzusetzen und gegen deutsche Kriegseinsätze zu protestieren.

NSU-Mord: Politische Konsequenz ist Fehlanzeige

Vor zehn Jahren wurde der Dortmunder Mehmet Kubaşık in seinem Kiosk in der Mallinckrodtstraße erschossen. Seit vier Jahren erinnert ein Gedenkstein an dieses achte Mordopfer der NSU-Terroristen. Die politische und juristische Aufarbeitung der Nazi-Mordserie ist allerdings noch längst nicht abgeschlossen.

Von Ulla Jelpke, MdB

Vor dem Untersuchungsausschuss im nordrhein-westfälischen Landtag schilderten Mehmet Kubaşıks Witwe Elif und seine Tochter Gamze, wie sie die polizeilichen Ermittlungen im Anschluss an die Mordtat erlebt haben. Sie habe nicht nur ihren Vater verloren, „man hat uns auch noch die Ehre weggenommen“. Denn die Arbeit der Polizei suggeriert: Ein Türke, der erschossen wird, muss ein krimineller Türke sein. Die Angehörigen wurden mit Beschuldigungen förmlich überschwemmt: Ob Mehmet Kubaşık nicht mit Drogen gedealt habe? Ob er nicht der türkischen Mafia angehöre, oder der PKK? Diese Anschuldigungen wurden auch in die Öffentlichkeit gespielt und hatten zur Folge, dass die Nachbarschaft die Kubaşıks schließlich ebenfalls als Kriminelle betrachtete, zu denen sie dann auf Abstand gingen.

Die Polizei hat auf diese Weise nicht nur die Ermittlungen in den Sand gesetzt, sondern offenbart, dass sie ein strukturelles Rassismus-Problem hat.

Dabei hat es durchaus auch Polizeiangehörige gegeben, die eine rechtsextreme

Täterschaft zumindest vermuteten. Aber ihre Hinweise flossen in die Ermittlungsarbeit nicht ein. Man habe, so sagen es die damaligen Ermittler heute im Ausschuss, für die Nazi-These keinerlei Belege gehabt. Aktiv danach gesucht hat man allerdings auch nicht.

Man weiß schon längst: Nicht nur die Ermittlungsarbeit der Polizei hat versagt, die Verantwortung ist auch beim Verfassungsschutz zu suchen. In NRW behindert er die Aufklärung: Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses wies erst im April darauf hin, dass er bis heute noch nicht die angeforderten Akten des Inlandsgeheimdienstes erhalten habe. Es wurde zudem bekannt, dass der Geheimdienst vor einigen Jahren versuchte, einen seiner V-Männer vor Strafverfolgung zu schützen: Sebastian Seemann, ein dutzendfach vorbestrafter Gewalttäter und Organisator von Nazi-Konzerten. Verfassungsschutz und Landes-Innenministerium wollten 2007 die Staatsanwaltschaft davon abhalten, in einem Verfahren gegen einen Gesinnungsgenossen dieses Nazis Akten beizuziehen, die auch Angaben über den V-Mann enthielten. Zum Glück erfolglos,

der V-Mann flog auf. Konsequenzen hatte die versuchte Vertuschungsaktion jedoch keine.

Auch sonst ist kaum ersichtlich, dass die Krokodilstränen, die von politisch Verantwortlichen angesichts der als „Pannenserie“ verharmlosten Skandalgeschichte vergossen wurden, wirklich politische Konsequenzen hätten. Das im letzten Jahr verabschiedete Bundesverfassungsschutzgesetz bekräftigt vielmehr das Festhalten am V-Leute-Unwesen. Erstmals steht jetzt sogar im Gesetz, dass V-Leute auch schwerste Straftaten begehen dürfen, wenn dies notwendig sei – darüber entscheidet natürlich der Geheimdienst selbst.

Zwei Forderungen vertritt DIE LINKE

- Aufbau einer unabhängigen Polizeibeobachtungsstelle, die Betroffenen von Polizeiwillkür, aber auch kritischen PolizistInnen, eine objektive Beschwerdemöglichkeit gibt.
- Abschaffung des V-Leute-Systems als ersten Schritt zur Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes.